

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

vom 08.02.2010

im Ratssaal

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeister Matthias Burth

Gemeinderäte

Volker Gorsler Stadtrat

ab 18 Uhr öff. Sitzung anwesend

Kurt Harsch

Hartmut Holder Stadtrat

Regina Kaufenstein Stadträtin

Rainer Marquart Stadtrat

Michael Osdoba

Dr. Hans-Peter Reck

Anton Rist Stadtrat

Gabi Schneiderhan Stadträtin

Bruno Sing

Günter Spähn

Franz Thurn

Konrad Zimmermann

Verwaltung

Manfred Behring

zur nichtöff.Sitzung Teil 2

Günther Blaser

Dirk Gundel

Markus Roggenstein

ab TOP 10 bis nach TOP 16

Ortsvorsteher/in

Siegfried Hornung Ortschaftsrat

Schriftführer/in

Brigitte Thoma

Abwesend:

Gemeinderäte

Martin Waibel Stadtrat

Tagesordnung

Beschluss-Nr.

- 3 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Tagesordnung, Protokoll
- 4 Bekanntgaben, Mitteilungen, Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse, Erledigungsliste
- 5 Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Wannenberg" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 40/965/2010
- 6 Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Tiergarten" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 40/971/2010
- 7 Einsparkonzept - Umsetzung 2010
Vorlage: 10/065/2010
- 8 Einsetzung eines Schulsozialarbeiters an der Grundschule Aulendorf
Vorlage: 20/365/2010
- 9 Annahme und Verwendung von Spenden
Vorlage: 20/366/2010
- 10 Ersatzfahrzeug LF 20/16 für die FFW -Beschluss zur Ausschreibung
Vorlage: 20/367/2010
- 11 Beschluss der Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebs Betriebswerke Aulendorf
Vorlage: 30/584/2009
- 12 Sanierungsmaßnahme Löwenbreitestraße, Aulendorf - Vergabe
Vorlage: 40/966/2010
- 13 Verschiedenes
- 14 Anfragen gem. § 4 Geschäftsordnung

Beschluss-Nr. 3

Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Tagesordnung, Protokoll

BM Burth begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden folgende Änderungen beantragt:

SR Osdoba beantragt die Vertagung des TOP 9 „Vorhaben und Erschließungsplan Tiergarten“.

Der Gemeinderat beschließt mit 8 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 4 Nein-Stimmen den Geschäftsordnungsantrag von SR Osdoba anzunehmen.

SR Thurn beantragt TOP 12 „Sanierungsmaßnahmen Löwenbreitestrassen“ an den Ausschuss für Umwelt und Technik zu verweisen.

Der Gemeinderat beschließt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltungen und 3 Nein-Stimmen den Geschäftsordnungsantrag von SR Thurn TOP 12 „Sanierungsmaßnahmen Löwenbreitestrassen“ an den Ausschuss für Umwelt und Technik zu verweisen anzunehmen.

Beschluss-Nr. 4

Bekanntgaben, Mitteilungen, Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse, Erledigungsliste

Hr. Roggenstein berichtet, dass am 5. Oktober 2009 der Gemeinderat die Veräußerung der Dampflok beschlossen hat. Damals lag ein Angebot eines Vereins über 25.000 € vor. Das Angebot war jedoch damit verbunden, dass die Stadt eine Spendenbescheinigung ausstellt. Dies ist aus steuer- und spendenrechtlicher Sicht nicht möglich. Bis zum 31.12.2009 wurde allen damaligen Interessenten die Möglichkeit gegeben, ein schriftliches Angebot abzugeben. Zwischenzeitlich liegt das höchste Angebot mit 11.000 € von der Stiftung Historischer Eisenbahnpark Niederrein aus Mörs Rheinkamp vor. Mit diesem Interessenten wird nun ein Kaufvertrag abgeschlossen.

BM Burth gibt aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 18.01.2010 folgende Beschlüsse bekannt:

Der Gemeinderat hat die vorgelegten Verträge zum Verkauf der Energiezentrale beschlossen. Zum Punkt Mehrentnahmemengen von 120.000 m³ p. a. ist nachzuverhandeln. Der Gemeinderat hält an einem bereits im November 2009 gefassten Beschluss und einem Energieliefervertrag fest. Auf offene Forderungen zu Energielieferungen soll nicht verzichtet werden.

Hr. Blaser gibt bekannt, dass die Raumluftmessungen in den Grundschulcontainern seit der ersten Messung bei Formaldehyd eine Reduzierung von 102 auf 43 µg und von 94 auf 41 µg ergeben hat.

Kämmerer Gundel berichtet über die Zustimmung des Landratsamtes für die Investitionsmaßnahmen:

- Beschaffung des Feuerwehrfahrzeugs LF20/16
- Absauganlage im Feuerwehrhaus
- Maßnahmen des Konjunkturprogramms II

Beantragt wurde die Zustimmung für die Abstützmaßnahmen an der Grundschule und Sanierung der Fuß- und Radwegbrücke in Blönried.

Hauptamtsleiterin Thoma informiert über den Eingang der Genehmigung zur Einrichtung der Werkrealschule ab dem Schuljahr 2010/2011.

Beschluss-Nr. 5

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Wannenberg" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 40/965/2010

BM Burth berichtet, dass es hierzu zwischenzeitlich einer behördeninterne Besprechung gab.

Es wird darüber informiert, dass das Regierungspräsidium Tübingen zum Umgang mit großflächigen Photovoltaikanlagen ein Arbeitspapier erarbeitet hat. Dieses fordert eine Standortalternativenprüfung. Danach ist zuerst der Innenbereich, als zweites sind Konversionsflächen und dann erst landwirtschaftliche Nutzflächen zu nutzen. In dieser Reihenfolge spiegelt sich der politische Wille zur Reduzierung der Förderung von großflächigen Photovoltaikanlagen in der freien Landschaft wieder.

BM Burth berichtet, dass aus diesem Grund der Erbgraf zu Königsegg-Aulendorf nicht wie geplant zur heutigen Sitzung anwesend ist. Zwischenzeitlich hat noch eine Besprechung mit der Planerin des Flächennutzungsplanes, Frau Südbeck-Arndt und Herrn Deni, der den Landschaftsplan erstellt, stattgefunden. Danach wird ein Zeitraum von drei bis vier Monaten für die Standortalternativenprüfung benötigt. Dies sind komplett neue Rahmenbedingungen für den Investor. Der Regionalverband hat angekündigt, bis Anfang März 2010 eine Positivkarte für Standorte vorzulegen. Es wurde besprochen, diese abzuwarten, um sie als Arbeitsgrundlage zu nutzen.

SR Sing bedauert im Namen der B.U.S.-Fraktion, dass der Regionalverband im Vergleich zu Bayern nicht so fortschrittlich ist. Im Bereich regenerativer Energien müsse progressiv nach vorne gegangen werden. Er bedauert die Fußfesseln des Regierungspräsidiums.

SR Holder fragt, wieviel eine Standortalternativenprüfung kostet.

BM Burth antwortet, dass dies schwer zu beziffern ist, da diese bisher nicht durchgeführt wurde. Es ist jedoch von einer Größenordnung von 15.000 € – 20.000 € für Flächennutzungs- und Landschaftsplanung auszugehen.

SR Marquart äußert Verständnis für den Regionalverband. Der Grundsatz „Innen vor Außen“ hat seine Berechtigung.

SR Thurn möchte wissen, wie bindend das RP-Papier ist.

BM Burth antwortet, dass die Aussage des Landratsamtes gilt. Dies müsse so zur Kenntnis genommen werden.

Beschluss-Nr. 6

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Tiergarten" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 40/971/2010

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

Beschluss-Nr. 7

Einsparkonzept - Umsetzung 2010

Vorlage: 10/065/2010

BM Burth legt den ersten Schritt zum Einsparkonzept - Umsetzung 2010 vor. Die Sitzungsvorlage ist Bestandteil des Protokolls. Bereits beschlossen wurde die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 570 auf 800 Punkte, Einsparungen bzw. Ergebnisverbesserungen im Eigenbetrieb Tourismus in Höhe von 50.000 €, Kostendeckung im Bereich Bestattungswesen und damit verbundene Verbesserung in Höhe von 40.000 € durch die 2009 neu kalkulierten Gebührensätze. Zudem anerkennt der Vertrag zwischen den Land Baden-Württemberg und der Stadt Aulendorf, bereits erreichte Einsparungen in Höhe von 90.000 € aus dem Jahr 2008. Herr Burth erläutert, dass mit diesen Maßnahmen die für 2009 vorgegebene Gesamtverbesserung in Höhe von 820.000 € erreicht wird.

Er betont, dass zur Erreichung der Einsparziele für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 dauerhaft und stetig weitere Verbesserungen im Verwaltungshaushalt umzusetzen sind.

Die Verwaltung schlägt vor künftig einen eingeschränkten Winterdienst durchzuführen. Hierfür soll der Räum- und Streuplan überarbeitet und die rechtliche Situation geprüft werden.

Kurzfristig kann eine Einsparung durch die Reduzierung der Straßenbeleuchtung erzielt werden. Die Straßenbeleuchtung wird zur Zeit in der Kernstadt von 2:00 – 5:00 Uhr in den Ortsteilen von 0:00 – 5:00 Uhr abgeschaltet. Bezogen auf die Kernstadt bedeutet die Reduzierung der Dauer der Straßenbeleuchtung um eine Stunde eine Einsparung von ca. 8.000 €/Jahr. Zu überlegen ist, die Straßenbeleuchtung in der Kernstadt bereits von 24:00 Uhr – 5:00 Uhr abzuschalten und zwar in der Zeit von Montag bis Freitag. Von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag soll die Straßenbeleuchtung in der Hauptstrasse, Bachstrasse und im Bereich des Bahnhofs erst um 2:00 Uhr abgeschaltet werden.

BM Burth berichtet weiter über bereits getätigte Einsparungen der Verwaltung im laufenden Betrieb. So konnten die Leasingraten für die EDV-Hardware von 34.000 € in 2008, 22.000 € in 2009 auf 13.000 € in 2010 gesenkt werden. Die Leasingraten für die erforderlichen Kopierer wurden von rd. 17.400 € auf rd. 13.000 € reduziert. Dies ist in der Vorlage umgekehrt dargestellt.

Des Weiteren wurde die Mitgliedschaft beim Bau- und Sparkassenverein gekündigt. Die Einlage über 5.080 € wurde zwischenzeitlich ausgezahlt. Durch die vorgenommene Vermietung von Stellplätzen bei der Tiefgarage werden Mehreinnahmen in Höhe von rd. 10.000 € erzielt. Die Privatisierung des Weihnachtsmarktes und der -beleuchtung schlägt mit einer Einsparung von 8.000 € bzw. 3.000 € zu buche.

SR Osdoba bemängelt, dass die Ergebnisverbesserung im Bereich Tourismus bereits Bestandteil des Vertrages ist, die Zeiten der Straßenbeleuchtung wurden bereits früher zum Zwecke der Einsparung reduziert und dann wieder geändert. Die Bevölkerung wirft dem Gemeinderat und der Verwaltung vor, es sich mit der Erhöhung der Grundsteuer auf Kosten der Bürger einfach gemacht zu haben. SR Osdoba vermisst Einsparungen von Seiten der Verwaltung. Er fordert die schnellstmögliche Umsetzung als Zeichen dafür, dass auch an den Verwaltungsstrukturen eingespart wird. Im Verwaltungsausschuss wurde als Zielmarke für 2010 1 Mio € vorgegeben.

BM Burth nennt hier die Kündigung der Kindergartenverträge mit dem Ziel der Einsparungen. Die Neuverhandlungen der Verträge gehören zu den schwierigen Themen die, die Verwaltung derzeit umsetzt. Der letzte Presseartikel stellt hier nur die halbe Wahrheit dar. Als weiterer Schritt wird ein Personalabbaukonzept erarbeitet. Die Zusammenlegung des Bürgerbüros mit der Gästeinfo wird zum 2. Halbjahr 2010 umgesetzt. Zudem finden derzeit Gespräche im Bereich Tourismus mit dem Ziel der Privatisierung bzw. Teilprivatisierung statt. Die für 2010 geplanten Ergebnisverbesserungen mit 50.000 € sind nur der erste Schritt.

SR Sing verlangt ein strukturiertes, systematisches Einsparkonzept. Jedes Amt solle zehn Vorschläge mit Umsetzungstermin und Verantwortlichen benennen. Auch die Schulen, die Ortschaften und der Gemeinderat ist einzubeziehen.

SR Zimmermann möchte keine gut funktionierenden Strukturen zerschlagen, aber es muss jeweils geprüft werden, ob die Leistungen auch kostengünstiger erbracht werden können. Er verweist auf die Vorschläge des Haushaltssicherungskonzepts, die Ausschreibung der Gebäudereinigung, Grünanlagenpflege. Dies müsse im Ausschuss für Umwelt und Technik beraten werden. Für den Bereich Tourismus spricht er sich dafür aus, einen Teil der Leistungen zu erhalten, dies müsse jedoch kostengünstiger möglich sein.

Zur Ausschreibung im Bereich der Gebäudereinigung erläutert Herr Blaser, dass derzeit die Ausschreibung von einem Fachbüro erarbeitet wird. Die bisherigen Kosten liegen vor.

BM Burth ergänzt, dass die Vorberatung hierzu im Ausschuss für Umwelt und Technik erfolgt.

SR Marquart betont, dass Einsparmöglichkeiten in allen Bereichen zu prüfen sind.

SR Gorsler hält eine Aufstellung nach gebundenen und weisungsfreien Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben für erforderlich.

SR Osdoba verweist hier auf die Einsparvorschläge aus den Haushaltssicherungskonzepten. Weitere Aufstellungen seien nicht erforderlich.

SR Sing beantragt, dass die Verwaltung ein Einsparkonzept für 2010 bis 2012 in Tabellenform mit den Maßnahmen, Einsparbeträgen in Soll und Ist, Verantwortlichen und Termin erarbeitet. Grundlage soll das Haushaltssicherungskonzept sein und die Beratung soll im Verwaltungsausschuss erfolgen.

Der Gemeinderat beschließt bei 12 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen:

- 1 a.) Der Gemeinderat stimmt dem vorgestellten Einsparkonzept für das Haushaltsjahr 2010 zu.
- 1 b.) Die Verwaltung wird beauftragt ein Einsparkonzept für die Jahre 2010 bis 2012 mit den Maßnahmen, Einsparbeträgen Soll –Ist, Verantwortlichen und Termin zu erstellen und dem Verwaltungsausschuss zur Beratung vorzulegen.
- 2.) Die Überarbeitung des Räum- und Streuplanes wird in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen. Es soll ein eingeschränkter Winterdienst durchgeführt werden.
- 3.) Die Einschaltdauer der Straßenbeleuchtung wird um zwei Stunden, mit Ausnahme der Hauptstrasse, Bachstrasse und den Bereich um den Bahnhof, reduziert.

Beschluss-Nr. 8

Einsetzung eines Schulsozialarbeiters an der Grundschule Aulendorf
Vorlage: 20/365/2010

SRin Schneiderhan stellt Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung ohne Diskussion.

Lt. Beschlussantrag der Verwaltung soll dieser Tagesordnungspunkt zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss verwiesen werden.

SRin Kaufenstein stellt Geschäftsordnungsantrag auf eine zusätzliche Sitzung des Verwaltungsausschusses. Zudem soll der mit heutigem Datum vorgelegte schriftliche Prüfauftrag der BUS-Fraktion abgearbeitet werden.

Der Gemeinderat beschließt mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung den Geschäftsordnungsantrag von SRin Kaufenstein auf Einberufung einer zusätzlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses anzunehmen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Geschäftsordnungsantrag von SRin Schneiderhan, die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Einsetzung eines Schulsozialarbeiters an der Grundschule Aulendorf“ zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Beschluss-Nr. 9

Annahme und Verwendung von Spenden

Vorlage: 20/366/2010

BM Burth trägt anhand der Beschlussvorlage vor, dass über die Annahme und Verwendung der Spenden, aufgelistet von Juni 2009 bis Januar 2010 zu entscheiden ist. Die Spenden sind in der Anlage aufgeführt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die aufgeführten Spenden anzunehmen und entsprechend dem genannten Zweck zu verwenden.

Beschluss-Nr. 10

Ersatzfahrzeug LF 20/16 für die FFW -Beschluss zur Ausschreibung
Vorlage: 20/367/2010

BM Burth begrüßt Feuerwehrkommandant Markus Huchler.

Auf die Beschlussvorlage wird verwiesen.

BM Burth erläutert, dass die Feuerwehr, unter Federführung von Herrn Huchler, die Ausschreibungsunterlagen mit Unterstützung erarbeitet hat. Es muss eine europaweite Ausschreibung erfolgen. Erst danach kann über die Vergabe im Gemeinderat entschieden werden.

Kommandant Huchler erläutert, dass das LF 16/25 30 Jahre alt ist. Die Karosserie ist nahezu durchgerostet. Der Nebenantrieb verliert Öl. Die Sicherheit für die Einsatzkräfte ist nicht mehr gewährleistet, da die Ausstattung dieses Fahrzeuges ohne Kopfstützen und Sicherheitsgurte veraltet ist. Für das neue Fahrzeug geht er von einer Lieferzeit von 1,5 – 2 Jahren aus. Das Fahrzeug ist für einen Löschangriff mit einer kleinen technischen Ausrüstung vorgesehen. Die Besatzung umfasst den Fahrer plus acht Feuerwehrmänner. Die Ausschreibungsunterlagen wurden in Zusammenarbeit mit Herrn Wollensack von der Stadt Ravensburg erarbeitet. Zudem wurden sie vom Kämmerer der Gemeinde Messkirch unterstützt. Diese hat im Juni vergangenen Jahres dasselbe Löschgruppenfahrzeug angeschafft.

SR Holder fragt aufgrund der langen Lieferzeit, wie es sich mit der Preissicherheit verhält.

BM Burth antwortet, dass bei der Vergabe der Preis feststeht.

SR Osdoba erkundigt sich nach einem möglichen Verkaufserlös für das Gebrauchtfahrzeug.

Kommandant Huchler und stv. Kommandant Zembrot bestätigen, dass das Gebrauchtfahrzeug veräußert wird. Der Preis richtet sich nach der Nachfrage.

SR Harsch möchte wissen, ob die Höhe des Zuschusses fix ist, falls das Fahrzeug günstiger beschafft werden kann.

Kämmerer Gundel wird dies prüfen.

SR Holder verweist auf den Feuerwehrbedarfsplan und erkundigt sich, bis wann die Ersatzbeschaffung für die Feuerwehrfahrzeuge in Blönried und Tannhausen erforderlich wird.

Kommandant Huchler antwortet, dass man mit dem Feuerwehrbedarfsplan ca. zwei Jahre im Rückstand ist.

BM Burth ergänzt, dass die Feuerwehren mit dem notwendigen technischen Gerät ausgestattet werden.

Kommandant Huchler sieht es als landesweite Besonderheit, dass die Fahrzeuge so hoch und zusätzlich über den Ausgleichsstock bezuschusst werden.

SR Marquart verlässt den Sitzungssaal.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die europaweite Ausschreibung des

Löschfahrzeugs LF 20/16 auf der Grundlage der vorgelegten Ausschreibungsunterlagen.

Beschluss-Nr. 11

Beschluss der Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebs Betriebswerke Aulendorf
Vorlage: 30/584/2009

SR Marquart nimmt wieder an der Sitzung teil.

BM Burth erläutert anhand der Vorlage, dass es sich um die Erledigung einer Prüfungsbeanstandung der GPA handelt. Der Eigenbetrieb Betriebswerke Aulendorf wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 26.05.2004, rückwirkend zum 01.01.2002 gegründet. Jedoch wurde die Eröffnungsbilanz nicht vom Gemeinderat festgestellt. Dies muss nachgeholt werden.

SR Thurn möchte wissen, ob der Verwaltungsaufwand bei einem Eigenbetrieb größer ist.

BM Burth antwortet, dass die Umstellung damals zeit- und arbeitsintensiv war. Dies vor allem deshalb, weil sie rückwirkend vorgenommen wurde. Normalerweise wird dies als vorbereitende Maßnahme für die Zukunft umgesetzt. Der laufende Verwaltungsaufwand ist nun nicht wesentlich höher. Eine Rückführung in den städt. Haushalt und eine erneute Umstellung auf SAP bis 2013 wäre kontraproduktiv.

SR Sing stellt fest, dass der Prüfungsaufwand durch die WIBERA sehr hoch ist. Zudem verlangt das Haushaltssicherungskonzept eine Rückführung in den städt. Haushalt.

BM Burth erwidert, dass die hohen Kosten der WIBERA hauptsächlich durch Abstimmungsarbeiten aus der Ausgliederung und den wilden Buchungen im ShV verursacht wurde. Mit Prof. Hafner wurde der erhebliche Aufwand für die Rückführung und Wiederumstellung auf SAP kommuniziert.

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Nein-Stimme die Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebs Betriebswerke Aulendorf zum 01.01.2002 festzustellen.

Beschluss-Nr. 12

Sanierungsmaßnahme Löwenbreitestraße, Aulendorf - Vergabe
Vorlage: 40/966/2010

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung an den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

Beschluss-Nr. 13

Verschiedenes

SR Reck bemängelt, dass die Abstützmaßnahmen für die Grundschule durch das Landratsamt noch nicht freigegeben wurden. Er möchte wissen, warum dies so lang dauert und wer verantwortlich ist, wenn etwas passiert.

Weiterhin bittet er die Verwaltung nachzufassen, warum die neuen digitalen Anzeigetafeln am Bahnhof noch nicht installiert sind.

SRin Kaufenstein weist auf die sanierungsbedürftige Poststrasse hin. Durch die derzeitige Witterung gibt es wieder vermehrt Löcher im Asphalt.

SR Zimmermann drängt auf eine Umwidmung der Ortsdurchfahrt der L 284, die bisher über die Zollenreuterstrasse führt, im Austausch gegen die Poststrasse.

SR Marquart erkundigt sich, ob es zum Thema Innenraumbelastung der Grundschulcontainer Reaktionen der Eltern gab. Konkret möchte er wissen, ob Eltern auf die Stadt oder die Schule zugekommen sind, um über Kopfschmerzen der Kinder zu berichten.

SR Sing gibt eine persönliche Erklärung zur Energiezentrale ab.

SR Gorsler findet, dass eine persönliche Erklärung unter „Verschiedenes“ nichts zu suchen hat.

Für SR Marquart ist es kein Geheimnis, dass der Energiebetrieb jahrelang defizitär betrieben wurde. Allerdings muss hier auf den Schutz der Rechte Dritter geachtet werden.

BM Burth verweist auf die Regelungen des § 26 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Hiernach können persönliche Erklärungen zur Begründung der Stimmabgabe und nur unmittelbar nach der Abstimmung abgegeben werden. Eine Aussprache über persönliche Erklärungen findet nicht statt.

SR Thurn möchte wissen, ob die Mittel für die Absauganlage der Feuerwehr freigegeben wurden.

BM Burth bestätigt, dass er den Auftrag unterzeichnet hat.

Hr. Blaser rechnet in ca. vier bis fünf Wochen mit dem Einbau.

SR Harsch moniert, dass er grundsätzlich öffentliche Ausschreibungen bei Verkauf und Kauf von städt. Vermögen erwartet. Auch der Abbruch des Parksanatoriums wurde nicht öffentlich ausgeschrieben. Er möchte wissen, warum?

BM Burth antwortet, dass die beschränkte Ausschreibung so vom Aufsichtsrat beschlossen wurde. Zudem ist eine Information zum Abbruch des Parksanatoriums im Aufsichts- sowie im Gemeinderat erfolgt.

SR Gorsler ergänzt, dass dies eine Entscheidung des jeweiligen Gremiums sei.

SR Sing weist darauf hin, dass der Gasbezugsvertrag auch nicht ausgeschrieben wurde, sondern sich um ein Jahr verlängert hat. Er bittet darum, sämtliche Verträge darauf hin zu untersuchen, ob sie auslaufen, damit sie ausgeschrieben werden können. Es ist ihm wichtig, dass künftig keine automatischen Verlängerungen mehr stattfinden.

BM Burth entgegnet, dass die Verlängerung des Gasvertrages Gründe hatte. Damals wurde bei anderen Gemeinden nachgefragt, zudem wurde beim Gemeindetag das Interesse für eine Bündelausschreibung angemeldet.

Beschluss-Nr. 14
Anfragen gem. § 4 Geschäftsordnung

Es werden keine Anfragen gestellt.

ZUR BEURKUNDUNG !

Bürgermeister:

Für das Gremium:

Schriftführer:

.....

.....

.....

.....